

Deutschland.

□ **Berlin, 30. August.** Das neueste „Journal des Debats“ beginnt eine Reihe Artikel, in denen an geführt werden soll, daß die europäischen Mächte kein Interesse hätten, den Frieden zu stören. Dieser erste Artikel beschäftigt sich zunächst mit Preußen. Die politischen Gründe, die hier für die friedliche Haltung Preußens angeführt werden, sind im Allgemeinen richtig; wenn aber als militärischer Grund dafür, daß die Kriegspartei in Preußen ihre Kriegsgedanken aufgegeben habe, die Furcht vor dem Chassepot genannt, angegeben wird, so geschieht dies jedenfalls nur, um der französischen Eitelkeit zu schmeicheln. Die Versuche, die hier gemacht worden sind, haben gezeigt, daß das Zündnadelgewehr manche Vorzüge vor dem Chassepotgewehr hat und daß daher die Bewaffnung der preussischen Armee besser als die der französischen Armee ist. Trotzdem aber, daß die preussische Armee der französischen in der Bewaffnung für überlegen erachtet, ist es richtig, daß Preußen in seiner Politik nur friedliche Tendenzen verfolgt. — Die „N. Fr. Presse“ theilt den Vorlaut der in den Zeitungen vielfach besprochenen angeblichen Instruktion an Herrn v. Ufedom mit, die in ihrer Schlussfolgerung dahin gehen soll: „Die Nothwendigkeit einer Allianz zwischen Italien und Preußen auf diplomatischem Wege oder strategische Allianz Preußens mit der nationalen Partei Italiens.“ Obgleich diese Instruktion den Stempel der Erfindung an der Stirne trägt, mag hier doch noch besonders bemerkt werden, daß dieselbe als eine grobe Fälschung anzusehen ist. — In mehreren Zeitungen befindet sich die Nachricht, daß der diesseitige Votschaffer in Paris, Graf Wolf, aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied nehmen werde. In diesem wohl unterrichteten Kreise ist davon nichts bekannt. — Die Nachricht der „Provinzial-Korrespondenz“ über den Personenaustausch im Generalkommando des 1. Armeekorps hat natürlich nicht den Zweck, diese Thatsache zu melden, sondern ist dazu bestimmt, amtlich die Veranlassung des Auscheidens des Generals Vogel v. Falkenstein zu konstatiren. Es steht demnach fest, daß die Entlassung des Generals auf seinen dringenden und wiederholt ausgesprochenen Wunsch im Interesse seiner Familie erfolgt ist und daher die zweideutigen Wendungen derselben in seinem Tagesbefehl und Abschied von „besonderen Verhältnissen“, „unerwartet“, u. s. w. nicht wohl angebracht sind. Was die Erhebung des Generals Vogel v. Falkenstein durch den General v. Mantruffel betrifft, so ist zu bemerken, daß in wohlunterrichteten Kreisen an das Auscheiden des Generals v. Mantruffel aus dem aktiven Dienst Niemand gedacht, sondern Jedermann geglaubt hat, daß derselbe bei der ersten Gelegenheit wieder ein Generalkommando erhalten werde. Daß er jetzt der Nachfolger des Generals Vogel v. Falkenstein geworden, ist ein zufälliger Umstand.

□ **Berlin, 21. August.** Sr. Maj. der König hat sich gestern Nachmittag von Homburg über Olfen, Dillenburg, Siegburg nach Düsseldorf begeben und hält heute daselbst ein Manöver im Feuer ab. Nach Aufhebung der Tafel im Regierungsgedäude erfolgt die Abfahrt nach Köln, woselbst Abends das Gartenfest der Flora stattfindet. Morgen exzertiren auch hier vor dem Könige Truppen im Feuer und Nachmittag fährt derselbe nach Koblenz, verweilt dort bis Montag und wohnt den Belagerungs-Übungen der Pioniere bei. — Dem Reise-Programm zufolge ist die Abreise von Koblenz am Dienstag früh, Truppenbesichtigung in Hanau; Diner in Frankfurt a. M. und nach Aufhebung der Tafel Fahrt von dort nach Guntershausen, woselbst das Nachtlager genommen wird. Am Mittwoch Vormittags Truppenschau in Weimar und Nachmittag in Gotha. Am Donnerstag finden gleiche Exerzitzen in Erfurt und darauf in Arnstadt statt. Nach dem Diner in Erfurt wird die Rückreise nach Berlin angetreten und erfolgt am Freitag die Ankunft hier.

— Am Donnerstag früh fand hier ein Pistolenduell zwischen einem Studenten und einem Offizier statt. Zum Orte des Zweikampfes, welchem 4 Offiziere und 2 Studenten als Zeugen, sowie zwei Ärzte bewohnten, war ein Platz in der Hafenstraße gewählt worden; die Polizei hatte indessen Wind davon bekommen und überraschte die Herren, als die Sekundanten eben mit den nöthigen Vorbereitungen beschäftigt waren. Der an Ort und Stelle erscheinende Polizeibeamte glaubte das Duell dadurch zu verhindern, daß er eine Untersuchung der beiden Wagen vornahm, deren sich die Herren zur Fahrt nach dem Kampfplatz bedient hatten und die Pistolen an sich nahm, die er darin vorfand. Er glaubte annehmen zu können, daß es den betreffenden Herren nicht gelingen werde, in so früher Morgenstunde — es war noch nicht 5 Uhr — sich andere Waffen zu beschaffen. Leider hatte er sich getäuscht, denn nach seiner Entfernung begaben sich sämmtliche Herren nach einem entlegenen Platz in der Nähe der Bodbrauerei, woselbst das Duell stattfand. Wie man sich neue Waffen verschafft, ist nicht festzustellen. Der Ausgang des Duells war für den Gegner des Offiziers, der der Sohn eines höheren Beamten sein soll, leider ein sehr unglücklicher; er wurde tödtlich in die Brust getroffen. Der Offizier blieb unverletzt. Der Schwerverwundete wurde zwar noch lebend nach Bethanien gebracht, doch gewährt sein Zustand wenig oder gar keine Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens. Veranlassung zu dem Duell war ein Streit, der während der Nacht in Meßers Lokal unter den Linden zwischen beiden Herren stattgefunden hatte. Der betreffende Offizier hat sich im Laufe des gestrigen Tages, wie wir hören, seinem Vorgesetzten freiwillig gestellt.

— Verschiedene Bauhandwerker hatten die durch das Nothgewerbegesetz inzwischen beseitigten Prüfungen bereits durchgemacht, ohne daß aber für sie schon die Befähigungsgewalt ausgestellt worden waren. Es ist nun von Seiten des Polizei-Präsidiums, welches die Prüfung der Bauhandwerker zu leiten hat und insbesondere auch den Vorsitzenden der bezüglichen Prüfungs-Kommission

zu bestellen hatte, beim Minister des Innern angefragt worden, wie es mit der Befähigung über die schon absolvirten Prüfungen zu halten sei. Der Minister hat darauf erwidert, daß es nicht Sache der bisherigen Kommission sei, noch ein gesetzlich nicht mehr erforderliches Urtheil abzugeben.

— Bei dem gestrigen Gewitter soll es auf der anhaltischen Bahn in einem von Leipzig kommenden Zuge, und zwar in einem Postwagen eingeschlagen haben. Zum Glück richtete der Blitz keinen erheblichen Schaden an; er traf wie erzählt wird, nur die äußere Ecke des Wagens.

□ **Danzig, 19. August.** Endlich scheint die tropische Hitze, welche auch in unserem Westpreußen den Feldfrüchten, namentlich den Kartoffeln, so manchen Schaden zugefügt und die Bestellung der Winterfaat wesentlich erschwert hat, vorüber zu sein; denn schon gestern war ein, wenn auch nur geringe, Abnahme derselben bemerklich, und heute endlich haben wir nach Monaten den ersten Sommertag von normaler mitteleuropäischer Sommertemperatur. Nur noch zwei Jahre des gegenwärtigen Säkulums haben unserm Westpreußen eine so intensive und anhaltende Hitze, wie die diesmalige, gebracht: die Jahre 1811 und 1834. Daß dieselbe endlich aufhört, ist aber auch die höchste Zeit; denn schon sind in unserer Stadt fünf, und auf den Stadterden des diesseitigen Landkreises mindestens die gleiche Anzahl von Personen, deren Beruf sie zu anstrengender Arbeit im Freien zwingt, dem doch sonst nur den heißen Klimaten, namentlich dem ostindischen Inselnde, eigenthümlichen Sonnenstich (Syriasis), von welchem man hier seit Menschengedenken nichts gehört hat, erlegen. Daß bei solcher Hitze die Cholera, unser doch sonst fast alljährlicher gefürchteter Gast, ausgebrochen, ist ein eben so großes Wunder als Glück. — Während man in Westpreußen mit der diesjährigen Ernte im Großen und Ganzen wohl so ziemlich zufrieden sein kann, lauten dagegen die desolaten Nachrichten aus dem Regierungs-Bezirk Gumbinnen sehr betrübend. Dort, wo die Ernte noch unter der doch sehr mäßigen Erwartung ausgefallen ist, kann man sich zum Winter und nächstjährigen Frühling nur getrost auf einen neuen Nothstand gefaßt machen, und wäre es dringend zu wünschen, daß diesem in Zeiten durch Errichtung einer ausreichenden Anzahl öffentlicher Arbeitsstellen thunlichst vorgehört werde. — Der Nothstand der unglücklichen jüdischen Bevölkerung in den westpreussischen Gouvernements ist nicht ohne Widerhall in den Herzen ihrer hiesigen Glaubensgenossen geblieben. Es hat nämlich eine Anzahl hiesiger wohlhabender Israeliten in aller Stille, so daß im größeren Publikum nichts davon bekannt geworden, unter sich zusammengelegt und eine nicht unbeträchtliche Summe zur Vertheilung an bedürftige Glaubensgenossen an Geschäftsleute in Warschau und Wilna gesendet. — Die letzte Joppoter Babeliste weiß 383 badende Familien mit überhaupt 1219 Personen auf, — eine seit Jahren nicht erreichte Ziffer, welche sicher noch erheblich höher sein würde, wenn nicht die „schlechte Zeit“ viele hiesige Kaufleute und so manchen westpreussischen Gutbesitzer von dem kostspieligen Besuche dieses Luxusbades zurückhielte.

□ **Homburg, 20. August.** Der König ist um 3¼ Uhr mittags Ertragsaus nach Düsseldorf abgereist. Prinz Albrecht ist bereits gestern nach Dresden abgereist.

□ **Bamberg, 17. August.** Man schreibt der „Zukunft“ von hier: Gestern waren zu Hirschheim aus 7 Kreisen des Landes 42 Delegirte der deutschen Volkspartei in Batern versammelt, Borort, Landesausschuß und den Abgeordneten zum Baterner Friedens- und Freiheits-Kongress zu wählen, ferner die Haltung der Partei zu den nächstünftigen baternischen Landtagswahlen zu besprechen. Alle Fragen wurden mit großer Einmütigkeit erledigt, darunter auch die des allgemeinen Stimmrechts mit geheimer Abstimmung, für welches man grundsätzlich eintreten mußte, wenn auch dessen erste Frucht vielleicht den Ultramontanen zufalle. Anlangend die Südbundfrage wurde nach mehrstündiger erster Berathung, theilweise unter großer Verwirrung, das für und Wider eifrig erwogen, und in Anbetracht, daß ein förmlicher Südbund mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, ein demokratischer Südbund zur Zeit unerreichbar, daß eine zeitgemäße Umgestaltung Gesamtdeutschlands nur von allen Deutschen erzielt werden könne und müsse, und jede Scheidung zwischen nord- und süddeutscher Demokratie fernzuhalten sei, eine Agitation für obigen Gegenstand mit 32 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

□ **München, 18. August.** (Post.) Der Präsident des obersten Gerichtshofes, Herr Staats- und Reichsrath v. Heintz, ist am 16. Nachts plötzlich gestorben. Derselbe war vor einigen Tagen hierher gekommen, um sein Referat über das IV. Buch des Civilprozeßes zu vollenden, zu welchem Zwecke er noch am Sonnabend im Ständehause arbeitete. Gestern Vormittag konnte denn auch die Reinschrift des druckfertigen Referats Herrn v. Heintz vorgelegt werden, und wollte sich derselbe noch im Laufe des Vormittags wieder zu seiner Familie an den Starnberger See begeben; da trat plötzlich ein Schlaganfall und in Folge desselben Nachts 11 Uhr der Tod ein. Mit Herrn v. Heintz ist ein höchst verdienstvoller Mann von uns geschieden, dem wir, um nur eines vorerst zu erwähnen, insbesondere unsern Strafprozeß mit Dessenflichkeit, Mündlichkeit und Schwurgericht verdanken. Herr v. Heintz war 1848 Staatsminister der Justiz und als solcher der Schöpfer des neuen Strafprozeßes — eine Schöpfung, die ihm in Baterns Geschichte einen ehrenvollen Platz anweisen wird.

Ausland.

□ **Wien, 18. August.** (N. A. Ztg.) Oesterreich und seine Hauptstadt feiern heute das Geburtsfest des Monarchen, und Angehörige dieser Festlichkeit, welche hier mit einem feierlichen Gottesdienst im Stephansdom begangen wird, treten politische Erörterungen einigermaßen in den Hintergrund, indessen hält die bevor-

stehende Eröffnung der Landtage die politischen Kreise trotz der äußerlichen Feiertagsstille unausgesetzt in Athem, und zwar ist es konsequent die czechische Opposition, auf welche die Blicke aller Politiker mit gespannter Erwartung gerichtet sind. Nach einem Telegramm aus Prag soll gestern in Lobkowitz, einem Landsitze des Herrn Rieger, eine Versammlung czechischer Notabilitäten stattgefunden haben, in welcher die Nichttheilnahme am Landtage beschlossen wurde, indessen können unter jenen Notabilitäten nicht die Vertreter des oppositionellen Großgrundbesitzes gemeint sein, da dieselben bekanntlich erst morgen in einer Konferenz zu Prag über ihre Haltung entscheiden werden. Die Chancen auf eine Annäherung dieser Klasse scheinen sich in letzterer Zeit wesentlich vermehrt zu haben. Wie es scheint, hat der oppositionelle Großgrundbesitz als Bedingung für seine Theilnahme am Landtage die Ernennung eines seiner Parteigenossen für den erledigten Posten eines Landmarschall-Stellvertreters (Vizepräsidenten des Landtags und des Landesausschusses) aufgestellt, für welches Amt das Ministerium ursprünglich den unbedingt verfassungsfreundlichen Abgeordneten Dr. Bandas ins Auge gefaßt hatte. Nun dürfte Graf Taaffe während seiner letzten Anwesenheit in Prag in dieser Hinsicht Konzeptionen zugesagt haben, da man heute bereits von anderen Kandidaten für jenen Posten spricht, und wenn es gelingen sollte, hierfür eine Persönlichkeit ausfindig zu machen, die gleichmäßig dem Beifall der Verfassungspartei wie jenen des Grundbesitzes ertheilt, so wäre der Opposition in Böhmen hiermit ein guter Theil ihrer Kraft benommen. Der morgige Tag wird wohl zeigen, ob in dieser Richtung ein Kompromiß erzielbar ist. Ein Theil der Wiener Journale hatte sich übrigens betriebs der vermittelnden Thätigkeit des Ministers Grafen Taaffe einer irrigen Auffassung hingegeben, indem diese Blätter voraussetzten, daß der Graf auf eigene Verantwortlichkeit, in der Absicht, seinen adeligen Freunden zu nützen, und ohne, vielleicht sogar gegen den Willen seiner Kollegen, mit den Cechen transigirt habe. Gegen diese Auffassung rückt heute die „Abendpost“ in's Feld, indem sie sehr bestimmt erklärt, daß Graf Taaffe in voller Uebereinstimmung mit den anderen Ministern gehandelt habe. Auch spricht es für diese letztere Darstellung, daß in einigen Tagen auch der Ministerpräsident Fürst Auersperg sich direkt von Waffeln nach Prag begeben werde, um den Ausgleich über eventuelle noch bestehende Differenzen zu verhandeln.

— Dieser Tage fand der erste österreichische Buchdruckerstag statt, der die Herstellung eines Buchdruckerverbandes mit Bezirks- und Ortsvereinen beschloß und sich gegen die Sonntagsarbeit erklärte.

— Mit großer Befriedigung wird im ministeriellen Lager der heute in der „Wiener Zeitung“ veröffentlichte Ausweis über die Steuereinnahmen des ersten Halbjahres 1868 aufgenommen. Gegen den Voranschlag ergibt die auf 117,598,425 Gulden berechnete Gesamteinnahme ein Plus von beinahe 4 Millionen während die Erhebungskosten gegen den Voranschlag um nahezu 3 Millionen zurückblieben. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß sich am Jahreschluß überhaupt ein Ueberschuß herausstellen werde, nachdem doch die Kosten der Reorganisation der Verwaltung sich beträchtlich höher herausstellen, als ursprünglich berechnet, und auch der Kriegsmiester mit manchen Nachtragsforderungen auftreten dürfte; im Ganzen liefert aber der Ausweis den Beweis eines erfreulichen Aufschwunges in der Leistungsfähigkeit der Steuerträger, und bietet gerade im jetzigen Moment, in welchem die Opposition ihre Angriffe gegen das Ministerium verdoppelt, ein werthvolles Argument zu Gunsten des Letzteren.

— Eine Neuverurteilung ist es, daß heute die „Wiener Zeitung“, offenbar um den festlichen Charakter des Tages zu erhöhen, eine Reihe von Ordensverleihungen veröffentlicht. Namhafte Persönlichkeiten finden sich nicht unter den Ausgezeichneten, welche größtentheils dem Beamten- oder dem höheren Bürgerstande in den Provinzen angehören.

— Die letzte zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung seit dem letzten Kriege noch schwebende Differenz, nämlich die Venetianer Archivfrage ist nun zur Befriedigung beider Theile gelöst worden, und wird sich nächstens der Direktor des venetianischen Generalarchivs in Begleitung eines anderen Abgeordneten der italienischen Regierung nach Wien begeben, um die aus Venedig entfernten historischen Dokumente und sonstigen Kunstschatze, von welchen ein genaues Inventar aufgenommen wurde, zu übernehmen. Nach dem abgeschlossenen, von beiden Mächten angenommenen und bloß der Sanction der beiderseitigen Monarchen harrenden Vertrage bleibt Oesterreich im Besitze sämmtlicher, die Korrespondenz der Votschaffer der venetianischen Republik bei dem deutschen Kaiserhofe mit ihrer Regierung enthaltenden Dokumente, und steht Oesterreich das Recht frei, von sämmtlichen übrigen derzeit noch in Wien befindlichen historischen Dokumenten des Venetianer Archivs Abschriften zu nehmen, doch haben sich in diesem Falle die mit der Abnahme der Abschriften von der österreichischen Regierung betrauten Personen nach Venedig zu begeben, wohin die Italien zuzukommenden Dokumente sogleich zu bringen sind. Es ist dieses eine theilweise Abänderung des früher getroffenen, bekanntlich von der italienischen Regierung nicht sanktionirten Uebereinkommens, wonach die Dokumente so lange im Besitze der österreichischen Regierung bleiben sollten, bis diese die binnen eines zu bestimmenden Termins zu bewerkende Abschrift vorgenommen habe.

□ **Gravenhaag, 19. August.** Es wird berichtet, daß Baron Severo, welcher gegenwärtig Gesandter in Petersburg ist, zum Gesandten in London ernannt sei. — Heute hat die zweite Sitzung der in Angelegenheiten der Zuckerkonvention zusammengetretenen Konferenz stattgefunden. Man erwartet eine baldige Herbeiführung des erwünschten Resultats.

□ **Paris, 20. August.** „Constitutionnel“ erklärt bestimmt, daß

